Absender
Fachbereich Jugend
und Soziales

Drucksachen-Nr.

0256/2017

öffentlich

Anfrage

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 23.05.2017

Tagesordnungspunkt

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.05.2017 zum Sachstand Errichtung einer Kindertagesstätte in Bensberg

Inhalt:

Mit Schreiben vom 15.05.2017, am selben Tag bei der Verwaltung eingegangen, stellt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL eine Anfrage zur Errichtung von drei fehlenden Kitas, insbesondere, ob in Bensberg ein Grundstück zur Errichtung einer Kindertagesstätte gefunden wurde.

Das Schreiben der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Bereits mit Datum vom 17.02.2017 hat die gleiche Fraktion eine ähnlich lautende Anfrage gestellt, auf die auch Bezug genommen wird, diese sowie die dazugehörige Antwort vom 22.02.2017 ist ebenfalls in der Anlage beigefügt.

In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2017 wurde beschlossen, das Projekt einer zweigruppigen Kita an der Grundschule in Frankenforst zu realisieren. Weiterhin ist die Verwaltung im Gespräch mit Trägern, an welcher Stelle bzw. in welcher Kita ggfs. noch zusätzliche, neben den bereits in der Märzsitzung benannten Gruppen eröffnet werden können.

Zudem verfolgt die Verwaltung an verschiedenen Standorten zum Teil gemeinsam mit bereits ansässigen Trägern verschiedene mögliche Projekte auf ihre Machbarkeit, z. B. aus baugenehmigungsrechtlicher Sicht oder hinsichtlich des möglichen Erwerbs von Flächen. Hiervon befinden sich zwei Projekte in Bensberg und weitere Projekte in anderen Stadtteilen. In der letzten Sitzung des JHA hat die Verwaltung zudem von den Plänen zur Errichtung eines Stadtteilhauses mit einer Kita im Hermann-Löns-Viertel berichtet, auch hier sind die Prüfungen bereits fortgeschritten und an der Realisierung wird gearbeitet.

Sobald die Machbarkeitsprüfungen positiv abgeschlossen sind, wird die Verwaltung unaufgefordert die entsprechenden politischen Gremien beteiligen und die erforderlichen Beschlussvorlagen schnellstmöglich fertigen. Auch verwaltungsintern besteht großes Interesse daran, die fehlenden Plätze so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen.